

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Nachrichten Dresden
Herausgeber: Hermann Schmidt
Redaktion: Postfach 10011
Schiffbaustraße 4, Hauptbahnhof
Dresden - K. L. Klotzstraße 24/25

Bezugsgebühr bei monatlicher Zustellung monatlich 2.00 RM. (einschließlich 10 % für Transportlohn), durch Verlagsanstalt 2.30 RM. einschließlich 10 % W. W. (einschließlich 10 % für Transportlohn), durch Verlagsanstalt 2.30 RM. einschließlich 10 % W. W. (einschließlich 10 % für Transportlohn). Einzelhefte 50 Pf. (einschließlich 10 % W. W.).

Verlag u. Verlag: Neptis & Neptis, Dresden, Postfach 10011, 1068 Dresden. Redaktions- und Geschäftsstelle: Postfach 10011, Schiffbaustraße 4, Hauptbahnhof (Dresden, Klotzstraße 24/25). Anzeigenpreise: (Dresden, Klotzstraße 24/25). Anzeigenpreise: (Dresden, Klotzstraße 24/25).

Völkerbundsrat über die Donaufrage Einberufung auf den 12. April

Genf, 31. März. Der Generalsekretär des Völkerbunds hat nach Rücksprache mit dem Präsidenten des Völkerbundsrates den Rat zum 12. April einberufen. Der Beschluss geht auf den Bericht des Finanzkommissars des Völkerbunds zurück, in dem auf die außerordentlich ernste Finanzlage der Donauländer hingewiesen wird.

Londoner Konferenz am 6. April

London, 31. März. Das Foreign Office teilt amtlich mit, daß die Zusammenkunft der Vertreter der vier an der Donaufrage interessierten Großmächte Mitte nächster Woche stattfinden werde, und zwar entweder am Mittwoch oder am Donnerstag. Der französische und der italienische Botschafter, die am Donnerstag im Außenministerium vortragen, haben das Einverständnis ihrer Regierungen bereits übermittelt.

Wie in Pariser politischen Kreisen erklärt wird, dürfte in London mindestens ebensoviel von der Kriegsschulden- und Tributfrage wie von wirtschaftlichen Donauforderungen die Rede sein.

Wie ernst die Besprechungen in Paris genommen werden, ergibt sich schon daraus, daß der Ministerpräsident und Außenminister Tardieu sich nicht nur von seinem Finanzminister Flandin, sondern auch von einer ganzen Reihe technischer Mitarbeiter und hervorragender Finanzfachverständlicher begleiten läßt. Während Tardieu am Dienstag früh wieder in Paris eintrifft, dürften Flandin und die Finanzfachverständlichen die ganze Woche über in London bleiben, um die eingeleiteten Verhandlungen fortzusetzen. Die Arbeitsstellung zwischen den beiden französischen Ministern ist so gedacht, daß Tardieu in erster Linie die Besprechungen über das Donauproblem und die Abfertigungsfrage übernimmt, während Flandin die

Einzelheiten für die Kaufmann Tributkonferenz bespricht und vorbereitet. Schließlich soll Flandin auch an der Viererkonferenz teilnehmen.

In London hat man an sich die Absicht, sich bei den Erörterungen mit den französischen Ministern auf das Donauproblem zu beschränken, erklärt aber,

daß es schwierig sein würde, „den Ramm zu verlassen“, wenn Tardieu oder sein Kollege andere Fragen auf Tapet bringen sollten.

Die Reichsregierung hat dem von London genannten Zeitpunkt inzwischen ebenfalls zugestimmt. In Berlin rechnet man damit, daß die Viererkonferenz am Mittwoch, dem 6. April, beginnt. Es gilt nun als sicher, daß für Deutschland Staatssekretär von Bülow an der Besprechung teilnehmen wird. In der Regierung nahestehenden Kreisen erklärt man, es könne sich in London nur darum handeln, die Grundzüge der geplanten Hilfe für die Donauländer herauszuarbeiten und sie dann in der folgenden Woche so zu fördern, daß Mitte des Monats bei der Anwesenheit des Reichskanzlers in Genf Genauereres besprochen werden könne. Im Anschluß daran werde dann mit den beteiligten Mächten Fälligkeit genommen werden.

Rumänien Stellung zum Tardieu-Plan

Bukarest, 31. März. Finanzminister Argetoianu sprach heute zum ersten Male ausführlich in der Kammer über den Tardieu-Plan. Zunächst mühten sich die Vertreter einflüßigen den Länder einigen, bevor die Ausführländer Stellung nehmen könnten. Ehe in dieser Hinsicht nicht Klarheit geschaffen sei, müsse Rumänien weiter abwarten. Zur Zeit händen für Rumänien in erster Linie grundsätzliche Fragen im Vordergrund: die Beschaffung billiger Kredite und die Regelung der Kriegsschulden.

Amerika zieht sich zurück

Es ist offenkundig, daß sich die Amerikaner von der Weltpolitik zurückgezogen haben. Besonders Europa hat man völlig seinem Schicksal überlassen. Nicht einmal auf der Tributkonferenz im Juni in Lausanne wird das Dollarland durch einen Beobachter, geschweige denn durch einen offiziellen Unterhändler vertreten sein, obwohl schließlich auch die Vereinigten Staaten an der Lösung der Tributfrage interessiert sind. Denn weigert sich Deutschland — und darüber besteht schließlich kein Zweifel mehr — Tribute zu zahlen, dann werden die Franzosen — auch sie haben darüber keinen Zweifel gelassen — ihre Schuldzahlungen an Amerika nicht wieder aufnehmen. Wahrscheinlich werden die Engländer ein gleiches tun. Die insbesondere von Italien betriebene Front der europäischen Schuldner gegen den Gläubiger Amerika wäre dann vollendet. Allerdings wird Deutschland insofern eine Ausnahme machen, als es seine Zinsverpflichtungen aus den privaten Schulden nach wie vor entschlossen ist, zu zahlen. Es ist wichtig, das zu betonen, denn die französischen Schulden an Amerika, die auf Grund der Einstellung der deutschen Tribute nicht mehr geleistet werden sollen, sind ebenso wie die deutschen Schulden an Amerika privater Natur. Die Kriegsschulden hat Amerika den Franzosen bereits großzügig erlassen. Was Frankreich noch zu leisten hat, sind die noch immer ausstehende Bezahlung von Lebensmittel- und Warenlieferungen aus den Jahren 1919 und 1920. Sie stehen mit den deutschen Tributzahlungen in keinem Zusammenhang. Die französischen Entschuldigungsbedingungen über die Unerschlichkeit des deutschen Tributschuldners und der ewige Hinweis auf die „feinen Papier“, an denen Deutschland seine Verträge macht, fallen also auf Frankreich selbst zurück.

Schon unter diesen Gesichtspunkten erklärt sich die Europamüdigkeit Amerikas. Aber der einsichtige Amerikaner wird schließlich einsehen, daß mit milder Resignation weder die Weltwirtschaftskrise noch der wirre Ansturm aus internationalen Schulden und Tribut zu lösen ist. Wäre amerikanische Wirtschaftsführer wird sogar begreifen, daß ein großzügiger Verzicht Amerikas, ihm, dem mächtigsten Wirtschaftsvolk der Welt, durch die Verletzung des internationalen Vertrauens vielfache Frucht bringen würde. Aber Amerika ist eine Demokratie. Die Wahlen zur Präsidentenwahl werfen ihre Schatten voraus. Da wagt es keine Partei und am allerwenigsten der gegenwärtige Präsident Hoover, der seine Wiederwahl betreibt, für die Vernunft, aber gegen den jetzt allmächtigen Mann auf der Straße zu handeln. Denn dieser sieht nur die Schwierigkeiten im eigenen Land. Er hört und zählt täglich, daß 12 Millionen Amerikaner von öffentlicher Mühseligkeit leben und weitere 7 Millionen nur noch an ein oder zwei Wochentagen Arbeit haben. Das Defizit im Staatshaushalt ist enorm. Gegenwärtig streift das Parlament auf das erbitterteste darum, wie man sich 10 Milliarden Dollar neuer Steuern am zweckmäßigsten verteilt. Und die breiten Wählerkreise sind in Amerika außerordentlich verwöhnt. Einkommensteuer und Lohnsteuer das waren für die meisten Amerikaner völlig unbekannte Begriffe. In einem Land, dessen Minister sämtliche Multimillionäre sind, war das selbstverständlich Sache der Reichen. Nun sollen aber auch die übrigen Schichten, nachdem sogar die amerikanischen Weltstädte mehr oder weniger zahlungsunfähig geworden sind, zu den öffentlichen Lasten herangezogen werden! Sollte die Regierung in diesem Augenblick den europäischen Staaten, vorab Frankreich, Schulden erlassen, um die Weltwirtschaft anzufordern, dann wären Hoover und die herrschende republikanische Partei verloren. Deshalb schweigt Amerika und überläßt Europa seinen Schwierigkeiten. Diese Gleichgültigkeit wird, da die Wahlereignisse in Amerika außerordentlich langwierig sind, mindestens bis zum 4. März 1933, dem Amtsantritt des neuen Präsidenten dauern. Solange haben wir keinen Schritt Amerikas zu erhoffen. Der den gordischen Knoten des internationalen Schuldenproblems durchhauen könnte. Die amerikanischen Präsidentenwahlen sind nicht bedeutungsvoll durch ihren Ausgang, sondern durch die Vornahme, in die sie ein Jahr lang die amerikanische Außenpolitik verlegen. Diese Vornahme ist um so größer, weil der Wahlkampf einer der härtesten und unübersichtlichsten in der amerikanischen Geschichte werden wird. Die Reiz rufen die beiden großen traditionellen Parteien, die Republikaner und die Demokraten, um die Siegespalme. Der Kampf beginnt schon jetzt zunächst innerhalb der Parteien. Er endet in

Wachsende Not der deutschen Landwirtschaft

Kein Unterschied zwischen Osten und Westen

Berlin, 31. März. Im Mittelpunkt der 14. Hauptversammlung der preussischen Landwirtschaftskammer, die heute hier zusammentrat, standen Besprechungen über die Lage der preussischen Landwirtschaft. Präsident Dr. Braun stellte fest, daß sich

rund 60 000 Betriebsunternehmer

bedenken mußten. Es besteht ein Mißverhältnis zwischen den Preisen landwirtschaftlicher und industrieller Erzeugnisse. Die Förderung der deutschen Exportindustrie habe, so betonte der Redner, immer im Vordergrund der Reichspolitik gestanden. Bei allen Maßnahmen müsse die Wiederherstellung der Rentabilität in der landwirtschaftlichen Betriebsführung maßgebend sein;

Kredite könnten die Rentabilität nicht erlösen.

Der deutschen Landwirtschaft sei in der letzten Zeit immer die Umstellung nach dänischem Vorbild empfohlen worden. Jetzt befände sich aber auch Dänemark in einer schweren Agrarkrise, die gerade durch die einseitige Einstellung auf die Milchproduktion hervorgerufen worden sei.

Der Behauptung, daß sich die Not auf den Großgrundbesitz beschränke, müsse man aufs Schärfste entgegenreten; auch die Bauernwirtschaft leide aus schwerste.

Landrat von Neden-Neden gab eine Darstellung über die Lage der nordwestdeutschen, namentlich der hannoverschen Landwirtschaft. Entgegen der allgemein vorherrschenden Auffassung, daß es der Landwirtschaft westlich der Elbe besser gehe als der ostelbischen, sei die Not groß, die die mitteldeutsche Landwirtschaft heimische.

Die Viehzucht sei absolut unrentabel.

Etwa 70 % der Einnahmen der Ackerbaubetriebe stammten aus der Viehwirtschaft, und deshalb seien auch die Ackerbaubetriebe trotz der normalen Preise für Weizen und Roggen in große Schwierigkeiten geraten. Besonders erschwerend habe sich noch die Absatz- und Preisentwicklung auf dem Futtermarkte ausgewirkt.

Freiherr von Bülow-Bonn berücksichtigte in seinem Referat besonders die Lage der westdeutschen Landwirtschaft. Die Situation sei etwa die gleiche wie im Osten, da die gleichen Ursachen für die Unrentabilität vorhanden seien. Ganz katastrophal habe sich im Laufe der letzten einhalb Jahre in Westdeutschland die Lage der Weizenwirtschaft und insbesondere der Farmbetriebe entwickelt.

Der Gemüsebau leide schwer unter der Auslandskonkurrenz.

Die Auslandskonkurrenz werde noch dazu durch die deutsche Industrie gewissermaßen gefördert, daß sie billiger geliefert werde, als die deutsche Landwirtschaft. Das gelte sowohl für Baumaterialien für Treibhäuser, als auch insbesondere für Düngemittel.

Besonders schwer habe der Weinbau zu leiden.

Die Weinpreise bedekten gerade die Vorauslagen für die Betriebsführung. Ein Betrag für die Arbeit des Winzers und seiner Familie bliebe dagegen nicht übrig.

Die Hauptversammlung nahm eine Entschließung an, in der u. a. gefordert wird, daß den Vorschlägen der Grünen Front auf

Kontingentierung der Einfuhren

schleunigst Rechnung getragen werde, und daß insbesondere die Butter- und Käsefälle so zu gestalten seien, daß eine dauernde Rentabilität der Landwirtschaft gewährleistet werde. Das preussische Landwirtschaftsministerium wird in der Entschließung weiter gebeten, alle auf früheren Vereinbarungen beruhenden Beschuldigungskäufe den Landwirtschaftskammern weiter zur Verfügung zu stellen.

Irland mildert die Antwort an England

Dublin, 31. März. Wie verlautet, wird die Antwort de Valeras auf die englische Note über den Treueid in einer weiteren Kabinetsitzung noch einigen Änderungen unterworfen werden. Entgegen anderslautenden Gerüchten wird betont, daß sich sämtliche Mitglieder des irischen Vollauswahlschusses über die Grundzüge der Note, nämlich die Abschaffung des Treueides und die Einbeziehung der Entschuldigungsleistungen, vollkommen einig seien. Unterzeichnete Kreise teilen jedoch mit, daß einige gemäßigtere Mitglieder nicht mit allen Einzelheiten der von de Valera selbst entworfenen Antwort einverstanden seien. Sie halten die Note in einigen Abschnitten für zu scharf formuliert und regeln an, Irland müsse in der Note deutlich zu verstehen geben, daß es an Verhandlungen mit England über die beiden Streitfragen durchaus bereit sei.

Ueberschuß des englischen Staatshaushalts

London, 31. März. Der englische Staatshaushalt schließt bei einem Ueberschuß von 364 357 Pfund in den Einnahmen und Ausgaben insamt mit 851 482 281 Pfund ab, einschließlich 82 508 000 Pfund für die Tilgung der inneren Schuld.

Wiedereröffnung des offiziellen Börsenverkehrs am 12. April

In den Dresdner Nachrichten, der einzigen Tageszeitung Sachsens mit täglich 2 Ausgaben, erscheinen die Kursberichte der Dresdner, Leipziger und Berliner Wertpapierbörsen bereits im Börsen- und Handelsteil der Abendausgabe des betreffenden Tages. Auch die Notierungen der Warenmärkte und Produktenbörsen bringen die Dresdner Nachrichten schon in ihrer Abendausgabe